Editorial

Autor(en): **Wiederstein, Michael**

Objekttyp: **Preface**

Zeitschrift: **Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **98 (2018)**

Heft 1058

PDF erstellt am: **02.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

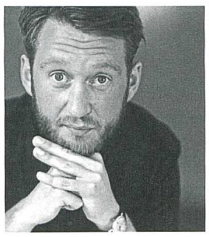
Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Editorial

«In zwei Monaten haben wir Hitler in die Ecke gedrückt, dass er quietscht.»

Franz von Papen am 30. Januar 1933, votierend für die Ernennung Adolf Hitlers zum deutschen Reichskanzler.



Michael Wiederstein
Chefredaktor

In der Rückschau ist die Bewertung eines politischen Ereignisses leichter. Dass von Papens Idee, Hitler als Pappkameraden in eine Machtposition zu hieven, um ihn dann öffentlich fertig zu machen und auf diesem Wege die gemässigten politischen Blöcke in Deutschland zu stärken, katastrophal schiefgegangen ist, weiss heute jedes Kind. Trotzdem wird dieser Fehler auch heute noch gemacht: wo immer Sachpolitik zwischen hochideologisierten Blöcken zerrieben zu werden droht, beruhigt man sich mit der Hoffnung, der Sprengkandidat werde sich dann schon selbst demontieren. Dank dieser Nachlässigkeit kam nicht nur Hitler an die Macht, sondern auch Hugo Chávez in Venezuela, Donald Trump in den USA und jüngst die Sozialisten und Nationalisten in Italien.

Es ist einfach, die Naivität der von Papens dieser Welt anzuprangern. Übersehen wird dabei, dass es nicht allein die Schützenhilfe aus den gemässigten Lagern war, die die Chávez und Grillos zu demokratisch wählbaren Kandidaten machte: all die vermeintlich «Unwählbaren» waren Meister in der Bewirtschaftung eines mächtigen menschlichen Gefühls: jenes der sozialen Zugehörigkeit. Menschen organisieren sich in Gruppen, die sich anhand bestimmter Merkmale unterscheiden – und wirklich wohl fühlen sich die meisten von uns erst, wenn sie sich unter ihresgleichen wähnen. Seit jeher war es deshalb eine für Politiker lohnende Aufgabe, möglichst grosse, klar voneinander abgegrenzte, einfach zu mobilisierende Gruppen und deren vermeintliche Kollektividentitäten anzusprechen – über ein «Wir»-Gefühl. So mobilisierte man zunächst nur wenig organisierte Minderheiten wie Arbeiter oder Frauen, heute ist Tribalismus aber längst zum politischen Breitensport geworden. Identitätspolitik: was etwas kryptisch klingt, ist so einfach wie wirkungsvoll. Man muss keine Dauerkarte für die Basler Muttenzerkurve haben, um zu wissen, wie leicht ein «Wir-gegen-die-anderen»-Gefühl herzustellen ist und wie sinnstiftend für alle Beteiligten der Moment dieser massenhaften Kollektivierung erscheinen kann.

Naive Konkurrenten hier, willfähige Stimmbürger dort: in Zeiten steigender Angst vor materieller, politischer und kultureller Enteignung werden immer grössere Kollektive adressiert und gegeneinander in Stellung gebracht: der Mittelstand, der weisse Arbeiter, das Volk. Im sogenannten «Westen», bekannt für und stolz auf den Schutz der individuellen Freiheit, also der Freiheit des Einzelnen, wird wieder über vermeintliche Zugehörigkeiten politisiert. Es zählt immer weniger, *was* gesagt oder getan wird, es geht vielmehr darum, *wer* es sagt und *wer* sich angesprochen fühlt. Man kann nicht umhin, diese Entwicklung als Rückfall in voraufklärerische Zeiten zu bewerten. Das Dossier in dieser Ausgabe, aber auch viele andere Texte auf den folgenden Seiten treten diesem Zeitgeist entgegen. ‹